

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

16 (25.11.1846)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. October bis 31. December 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 16. Karlsruhe, Mittwoch den 25. November. 1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei den nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Die Weber gegen den Garnzoll.

Die Erhöhung des Eingangszolls auf ungebleichtes, ein- oder zweidrähtiges Baumwollengarn von 3 fl. 30 kr auf 5 fl. 15 fr. hat unter den Webern und Färbern Unzufriedenheit erregt, die sich sowohl am preussischen Niederrhein wie in Sachsen laut ausspricht. Sie klagen, daß ihnen das englische Garn, dessen sie nicht entbehren können, vertheuert und die Mitbewerbung gegen ausländische Gewebe auf dem heimischen Marke und auf neutralen Märkten erschwert werde. Auf der andern Seite ist bekannt, daß die Spinnerei keine Ursache hat, sich zu dieser Zollerhöhung Glück zu wünschen, indem dieselbe keinen hinreichenden Schutz gewährt, um ihr die zur Befriedigung des Bedarfs der Weberei noch erforderliche Ausdehnung zu geben; sie kämpft, nach wie vor, mit lobenswerther Anstrengung, um sich zu erhalten, allein sie muß jeden Augenblick besorgen, in dem ungleichen Kampfe zu unterliegen, so bald es die Engländer ihrem Interesse angemessen erachten, ihrerseits einige Anstrengungen zu machen und leicht zu ertragende Opfer für den Augenblick zu bringen, um den deutschen Markt mit ihren Twisten zu überschwemmen. Diese durch den Zollaufschlag von einem Thaler nichts weniger als beseitigte Furcht verhindert die Gründung einer genügenden Spinnerei und erhält die Weber in Abhängigkeit von England. Die Nachtheile des Umstandes, daß sie der englischen Garne und Zettel nicht entbehren können, haben sie schon zum öfteren empfunden, und es liegt sonach in ihrem wohlverstandenen Interesse, daß die deutsche Spinnerei erstärke und die Bezüge aus England entbehrlich mache.

Wenn die Weber gegen einen wirklichen, hinreichenden Schutz der Spinnerei sich erheben wollten, so wäre dies nicht zu entschuldigen. Mit dem gleichen Rechte müßten alsdann die Stimmen der verbrauchenden Mehrzahl der Bevölkerung gehört werden, welche den Schutz Zoll auf baumwollene Zeuge mit 87 fl. 30 kr. vom Centner zu hoch finden und eine Herabsetzung wenigstens für die geringeren Gattungen verlangen, damit sie dieselben vom Auslande billiger beziehen können.

Allein so ist es nicht. Bei den Versammlungen von Industriellen, welche in den ersten Monaten des Jahrs 1845 in Preußen, Württemberg und Baden stattfanden, waren Spinner und Weber einig in ihren Vorschlägen; eben so die Handelskammern in Bayern und die süddeutschen Ständekammern. Sie hatten, zur Vermittlung der beiderseitigen Interessen, gleichzeitig mit der Einführung eines hinreichenden Zollschutzes für Garne einen Rückzoll für Gewebe in Antrag gebracht, auf so lange, bis die Spinnerei die erforderliche Ausdehnung gewonnen habe; sachverständige Männer glaubten, daß drei Jahre dazu hinreichen würden. Hätten diese Vorschläge die

Zustimmung der Vereinsregierungen erlangt, so würden beide Theile zufrieden gestellt und der deutschen Industrie eine Zukunft gesichert worden sein, welche jetzt dem Zufalle preisgegeben ist. In der letzten Zeit hat sich besonders die Nacher Zeitung mit diesen Fragen beschäftigt und am Schlusse ihrer trefflichen Erörterungen ist sie zu dem Ergebnisse gelangt: daß die Baumwollenspinnereien und Webereien (diese doch nur für die leichteren und feineren Gewebe) des Schutzes dringend bedürfen, daß die Gewährung desselben nicht allein mit den höheren Staatsrückichten verträglich, sondern denselben sogar förderlich ist und daß nur bei einem Schutz Zoll von 5 Thln. für den Centner Garn und einem entsprechenden Rückzoll bei der Ausfuhr der daraus gefertigten Waaren die erwartete Wirkung zu hoffen ist.

Nur durch die Industrie kann eine Masse von Menschen- und Geldkräften, welche gegenwärtig durch die Auswanderungen dem Vaterlande entzogen werden, erhalten und der Landwirtschaft ein mächtiger Antrieb zu Verbesserungen gegeben werden. Sie allein schafft die aus andern Güterquellen nicht weiter zu entnehmenden Mittel, welche dem Staate im Frieden wie im Kriege Kraft verleihen; sie führt dem Handel und Verkehre Nahrung zu. Während der Kriege mit Napoleon bezahlte Großbritannien die Subsidien an die deutschen Mächte unmittelbar in Geld, mittelbar in Waaren. Kommt ein neuer Krieg, in welchem England seine Bundesgenossen abermals in Deutschland fände — was wahrscheinlich ist, so würde seine Geldhülfe mittelbar der deutschen Gewerbsthätigkeit tiefere Wunden schlagen, als das Schwert des Feindes. Aber auch jetzt, im Frieden, führt England, bald mehr, bald weniger nachdrücklich, Krieg gegen die deutsche Arbeit. Wenn, wie gerade in unseren Tagen, englisches Geld nach Außen abfließt, um Lebensmittel zu kaufen, dann setzt die englische Bank, wie man dort zu sagen pflegt, die Schraube an, und drückt Fabrikate hinaus, um wieder Geld hereinzubringen, und einen solchen Feldzug englischer Waaren haben wir zu erwarten. Dabei werden die Zolleinnahmen gedeihen, aber die nachhaltigen Quellen der Staatseinkünfte leiden und die Lage der deutschen Industrie könnte leicht so bedenklich werden, daß mit der Gewährung des nöthigen Schutzes nicht drei Jahre mehr gewartet werden kann. Es werden aber alsdann große Verluste eingetreten sein, welche noch zu vermeiden wären, wenn zu rechter Zeit geholfen würde. Die Weisen sind es nicht, welche erst durch Schaden klug werden.

(Ein deutsches Schiffahrtsgesetz.) Nach einem Briefe aus Berlin in der allgemeinen Zeitung ist die Kündigung des Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Großbritannien vom

März 1841 zwar noch nicht erfolgt, es sollen aber Einleitungen zu einer Verabredung darüber mit den verschiedenen Zollvereinsstaaten getroffen sein, und da die Kündigung erst bis zum 30. Juni 1847 zu geschehen braucht, wenn der Vertrag nicht weitere sechs Jahre in Kraft bleiben soll, so sei zu erwarten, daß die Wünsche derjenigen, die an den Ablauf des englischen Vertrags die Abschließung vorteilhafter Handelsverträge mit den Vereinigten Staaten und mit Brasilien knüpfen, in Erfüllung gehen werden. Derselbe Brief bestätigt die Mittheilungen anderer Blätter, wonach in dem preussischen Staatsministerium eine günstigere Ansicht in Betreff einer entschiedenen deutschen Handelspolitik Wurzel gefaßt habe. In einer der letzten Sitzungen habe sich besonders Frhr. v. Cantz für ein Schiffahrtsgesetz, womit auch eine entsprechende Reform des Zolltarifs verbunden sein würde (Differentialzölle) ausgesprochen, und Präsident v. Könne, bekannt durch seine Bestrebungen für den Schutz der deutschen Industrie, soll eine bestimmtere Einwirkung auf die Maßnahme der preussischen Handelspolitik gewonnen haben.

Briefe.

Mannheim, 23. November. Was wir in unserer letzten Nummer angedeutet, ist geschehen. Eine Anzahl wohlhabender Bürger hat den Gemeinderath angegangen, über die Frage zu berathen, ob es nicht an der Zeit sei, eine außerordentliche Sammlung zur Unterstützung der Bedürftigen zu veranstalten. Am Samstag Abend traten Gemeinderath und Bürgerausschuß zusammen und beschloßen nach ausführlicher Erörterung einstimmig: daß bei der andauernd nicht strengen Witterung und der starken Nachfrage nach Arbeitern die Umstände jetzt nicht vorhanden seien, welche außerordentliche Mittel (neben der regelmäßigen Armenpflege und den Leistungen der Privatwohlthätigkeit) nöthig und bei dem oft erprobten Wohlthätigkeitsinn der hiesigen Bürger und Einwohner auch erfolgreich machen. Sobald solche Umstände eintreten, werde die Gemeindebehörde nicht unterlassen, die geeigneten Mittel zur Abhilfe zu ergreifen. — Für diesen Beschluß sprechen nicht nur die in demselben angeführten Gründe, sondern es kommt auch in Betracht, daß gegenwärtig die ordentliche Sammlung von Beiträgen zur Armenpflege vorbereitet wird, so daß bei gleichzeitiger Veranstaltung einer außerordentlichen Sammlung die Eine oder die Andere leiden müßte. Wenn anhaltende Kälte eintritt und der jetzt noch reichlich gebotene Arbeitsverdienst nachläßt, alsdann wird es Zeit sein, eine außerordentliche Beisteuer zu fordern, die dann auch gewiß nicht unter einer selbst hoch gespannten Erwartung bleiben wird.

Dem Vereine zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen steht nach dem angeführten Beschlusse das von einer Sammlung im Namen der Gemeinde befürchtete Hinderniß des Erfolges seiner Bemühungen nicht entgegen. Ein wirkliches Hinderniß aber wird die Art und Weise seines Auftretens im heutigen Mannheimer Journal sein, wenn dieselbe der Mehrheit des Vorstandes zuzurechnen ist und nicht bald geändert wird. Dort wird nämlich erklärt, daß einige reiche Herren dem Vereine mit aller Macht entgegen arbeiten, wozu auch die außerordentliche Collette dienen solle (die nach dem Gesagten unterbleibt). Diese reichen Herren, heißt es weiter, wollten den Verein sprengen; allein man kenne ihre Be-

weggründe, welche keinen Freund der arbeitenden Klassen täuschen werden; man werde dabei an die Worte Christi erinnern: „Es ist leichter, daß ein Kameel durch das Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Himmelreich komme.“ — Wir hoffen, daß die Mehrheit des Vorstandes mit dieser Art von Wirksamkeit nicht einverstanden, daß sie vielmehr mit uns der Ansicht sein werde, wie die in den Statuten angegebenen Zwecke des Vereins durch solche Mittel nicht erreicht werden können; namentlich kann weder die sittliche Bildung der arbeitenden Klasse noch ihr materielles Wohl dadurch gefördert werden. Was hat Anlaß gegeben zu der Kreuzpredigt gegen die Reichen? Die Kunde, daß eine Anzahl Bürger, und zwar wohlhabender Bürger (eigentlich Reiche sind hier nicht in großer Menge) nicht geneigt seien, Beiträge zu dem Verein zu geben; daß sie aber eine Gelegenheit wünschten, auch ihrerseits etwas zu thun, und daher an den Gemeinderath die Frage stellen wollten: ob es nicht angemessen sei, eine außerordentliche Sammlung zu veranstalten. Wäre diese wirklich ein Hinderniß gegen die Thätigkeit des Vereins gewesen, so ist dasselbe durch die Antwort des Gemeinderaths und Ausschusses gehoben; die Sammlung wird zur Zeit nicht und überhaupt nur in dem Falle stattfinden, wenn die Umstände es nöthig machen. Ist es aber recht, ist es vernünftig, über Diejenigen herzufallen, welche ihre Beiträge nicht dem Vereine, sondern der trefflich eingerichteten städtischen Armenpflege zuwenden wollen? Diese hat bewiesen, daß sie in schweren Zeiten mit Hilfe der Bürgerschaft ihrer Aufgabe gewachsen ist; der Verein hat noch den Beweis zu liefern, er hat sich noch das allgemeine Vertrauen zu erwerben, welches jene genießt. Nach unserer unmaßgeblichen Ansicht sollte der Verein hierauf sein Augenmerk richten. Er sollte, wenn auch vorerst mit geringeren Mitteln, als vielleicht Manche gehofft hatten, seine Thätigkeit beginnen, so daß Jedermann anschaulich würde, er verfolge einen guten Zweck auf dem rechten Wege. Dann werden die Mittel nicht ausbleiben, Vorurtheile werden schwinden, die Theilnahme wird wachsen. Aber ein Versuch zur Einschüchterung, wie ihn heute das Journal macht, ist nicht geeignet, Vertrauen und Theilnahme zu erwecken. Das ungestüme Fordern von Vertrauen, welches der Einzelne sowohl als ein Verein immer erst verdienen muß, kann weder den Reichen, noch dem Mittelstande, noch den Armen gefallen; diesen Versuch betrachten wir als das wahre Hinderniß gegen das Gedeihen des Vereins, falls sich derselbe nicht davon löst.

Ist ein solches Auftreten dem Unterstützungszwecke nachtheilig, so schadet es noch mehr dem anderen, für Viele wichtigeren Zwecke desselben, der sittlichen Heranbildung der arbeitenden Klassen. Dies wird ohne weitere Ausführung deutlich sein. Man gibt denselben kein gutes Beispiel, wenn man gegen Ehrenmänner die härtesten Vorwürfe schleudert, welche ihre Beiträge nicht dem noch jungen Verein, sondern den bestehenden und erprobten Anstalten zuwenden wollen. Dies scheint uns auch nicht so eitel, sondern eher das Gegentheil. Wir hoffen übrigens, der Verein werde nicht für den besprochenen Aufsatz einstehen; möchte er sich, im Interesse des guten Zweckes, für den er sich bemühen will, baldigst darüber erklären, damit er nicht seiner Wirksamkeit schon im Entstehen ihr Grab selbst grabe.

Mannheim, 20. November. Der hiesige Gustav-Adolfs-Verein hat gestern mit 39 gegen 10 Stimmen beschlossen: seine entschiedene Mißbilligung gegen die Ausstufung des Dr.

Rupp aus dem Schooße der Berliner Generalversammlung auszusprechen, indem dieselbe den Statuten des Vereins nicht minder als dem Geiste des Christenthums und der protestantischen Freiheit widerspricht. Er halte dafür, daß es der Generalversammlung des Gustav-Adolfs-Vereins nicht zukomme, eine Untersuchung über die Glaubensansichten eines Abgeordneten anzustellen. Demzufolge verlange er, daß der badische Abgeordnete bei der nächsten Generalversammlung zu Darmstadt darauf hinwirke, daß der Beschluß, durch welchen Dr. Rupp ausgestoßen wurde, aufgehoben werde; auch erkläre er, daß er die Abstimmung des Hrn. Professors Dittenberger als Abgeordneter zu Berlin ausdrücklich guthesse und billige. Ganz in gleichem Sinne hat sich der in Niegel versammelte Freiburg-Gummdinger Zweigverein ausgesprochen.

Stuttgart, 22. November. Anleihe oder Papiergeld — das ist die Frage, welche dem ständischen Ausschusse zur Begutachtung vorliegt, der aber nicht selbst entscheiden will, sondern auf eine außerordentliche Einberufung der Stände dringt. Bleibt derselbe auf seiner Meinung, so wird der Landtag nicht zu umgehen sein, denn Geld muß der Staat haben, wenn der Eisenbahnbau nicht in das Stocken gerathen soll. In Ehlingen naht die große Maschinenfabrik des Herrn Kessler ihrer Vollendung. Bis nächsten Mai kann die Strecke von Ravensburg nach Friedrichshafen dem Betriebe übergeben werden; zwischen Ehlingen und Blochingen haben Probefahrten bereits stattgefunden, allein einzelne Strecken helfen nicht, das Kapital bleibt größtentheils todt liegen, wenn nicht der Ausbau der ganzen Linie vom Neckar bis zum Bodensee gefördert wird. Dazu braucht der Staat Geld, und Geld ist gegenwärtig überall theuer. Der Ausschuss ist von den Ständen ermächtigt, eine $3\frac{1}{2}$ oder 4procentige Anleihe zu genehmigen; allein um diesen Preis ist keine zu bekommen, und der Ausschuss will es nicht auf seine Verantwortung nehmen, die Vollmacht zu überschreiten und auf den Antrag zu einem $4\frac{1}{2}$ procentigen Anlehen einzugehen. Das Papiergeld aber läuft zu sehr gegen die alte, einfache, württembergische Natur, als daß die eingewurzelte Scheu gegen eine solche Finanzoperation so leicht auszutreiben wäre. Noth bricht Eisen und kann am Ende auch Papier machen; aber Papier als Nothgeld hat noch nirgends Glück gehabt; es läßt sich mit Nutzen in Zeiten einführen, wo der Credit blüht, aber nicht in Zeiten der Verlegenheit. Hannover ist in ächt englischer Manier zu Werk gegangen; es brauchte Geld und zahlte was es kostet. Unser gutes Schwaben wird wohl nachfolgen müssen, wenn alles weitere Besinnen nicht mehr hilft. — Der Ausgangszoll auf Getreide, Mehl und Mühlenfabrikate verliert täglich mehr in der allgemeinen Meinung, da die Preise seither nicht nur nicht gesunken, sondern eher noch gestiegen sind. Freier Handel oder die Ausfuhr völlig verboten; zwischen diesen beiden Vorschlägen theilen sich die Ansichten und wir möchten wetten, daß der freie Handel am Ende als das beste Mittel zu einer angemessenen Vertheilung der Lebensmittel erkannt werden wird.

Das Morgenblatt besitzt unter andern ausgezeichneten Eigenschaften auch die, daß seine Redaction in ein tiefes Geheimniß gehüllt ist. Die Herausgeber der übrigen badischen Blätter sind bekannt. Abgesehen von der Rundschau, deren Herausgeber seinen Namen in dem Morgenblatt mit und ohne

das berühmte — als des ehemaligen Redacteurs desselben herumgezogen sieht, weiß man z. B., daß die Seeblätter von Hrn. Fickler, die Oberrheinische Zeitung von Hrn. Siehle, die Freiburger von Hrn. Dr. Krönlein, die Karlsrüher von Hrn. Dr. Weick, das Mannheimer Journal von Hrn. G. v. Struve, die Abendzeitung von Hrn. Grohe herausgegeben werden. Bei der Süddeutschen Zeitung weiß man zwar auch nicht recht, wen man vor sich hat; aber die ist bekanntlich kein badisches Blatt, sondern im Gegentheil ein wälsches. Daß sie in Freiburg erscheint, ist nur Zufall; sie könnte eben so gut, wo nicht noch besser, in Modena, Luzern oder München erscheinen. Aber das Morgenblatt, welches eine Stelle, wenn auch keine beneidenswerthe, unter den badischen Blättern einnimmt, wird von einer unbekannteren Größe gefertigt, seit die bekannte, Hr. Pfarrer Winterer, auf ihren Lorbeern ruht. Hr. F. der Philosoph, wandelt in ihm, Hr. Dekan Eberlin, der Gottesgelehrte, hat sich seit geraumer Zeit nicht mehr sehen lassen. Hr. F. der Philosoph, unterläßt nicht, den Mitarbeitern des Morgenblattes, also vorzugsweise sich selbst, ein glänzendes Zeugniß auszustellen, aber mit dem Namen vorzutreten, das hat er zwar — halb und halb versprochen, aber bis jetzt nicht gehalten. Es war bei Gelegenheit der in Nr. 10 der Rundschau enthaltenen Warnung vor Gefinnungswechsel aus Gewinnsucht, daß Hr. F. seine Mitarbeiter, worunter Er selbst die Hauptperson ist, mit seinem Schilde, oder mit dem Mantel der christlichen Liebe deckte, Thatsachen verlangte, welche doch bei zwei abgegangenen Herausgebern vorliegen, nämlich, daß die Beschäftigung beim Morgenblatt keine bitteren Früchte trägt und dann dem Verfasser des Warnungsgrußes an die Freunde des Vaterlandes im Morgenblatt, welcher zwar in der betreffenden Warnung der Rundschau nicht angedeutet war — folgendes Zeugniß anstellte: er sein Mann, der an Tiefe der Kenntnisse, Gründlichkeit der Bildung, Anspruchslosigkeit des Charakters und äußerer wie innerer Unabhängigkeit so hoch stehe, daß es mehr als lächerlich sei, wenn man seiner Bekämpfung politischer Irrlehren so gemeine Motive unterstelle. — Warum nennt denn Hr. F. diesen Juwel von einem Mitarbeiter nicht? warum treibt er die Bescheidenheit so weit, seinen eigenen werthen Namen dem Publikum vorzuenthalten; er steht sicher nicht hinter dem Mitarbeiter zurück, ja es vermüthen Manche, es sei zwischen beiden durchaus kein Unterschied; warum das Incognito, da man doch die Segner kennt und nennt, da man ihnen vorwirft, sie vermieden es klüglich, Personen und Thatsachen zu nennen, während man doch seine eigene Person sorafällig versteckt, da man endlich, im Widerspruch mit der Wahrheit, verkündet: keiner der Mitarbeiter des Morgenblattes wird Anstand nehmen, jeden Augenblick mit seinem Namen für seine Worte einzustehen. Bis jetzt hat sich kein Mitarbeiter des Morgenblattes selbst genannt; dagegen sind früher ein Paar davon an das Licht gezogen worden, wobei sie sich ungehalten genug geberdeten, und es kann dem Hrn. F. dies auch noch begegnen, wenn er nicht lieber den Zuorkommenden spielt. Sein Zeugniß kann unter diesen Umständen keinen Werth haben; nicht minder glänzend war jenes, welches Hr. Pfarrer Winterer seinem Collegen, Hrn. Dekan Eberlin, vor dessen Enthüllung ausstellte, und — was ist daraus geworden, nach der Enthüllung?

Hr. F. spielt im Morgenblatte die Rolle der umgekehrten Biene, welche statt Honig, Gift zu sammeln pflegt; allein dort, wie anderwärts, schadet es nur dem Sammler, nicht denen, gegen welche es verwendet wird. Dies kommt, von der schlechten

Sache, welcher das Morgenblatt dient, nämlich der Sache des Rückschritts in Staat und Kirche; so lange man der Rückschrittspartei als Schildknappe und Schleppträger dient, kann man nicht zu Ehren kommen und muß sich mit dem Lohn begnügen. Im Dienste der Rückschrittspartei sind auch alle Versuche vergebens, sich ein Ansehen von Würde zu geben, was der Philosoph, Hr. K., probirt und dabei eben so viel Glück hat, wie sein Fachgenosse in Moliere's geadeltem Bürger. Zur Erläuterung diene die Nummer 278 des Morgenblattes vom 22. November. Dort findet sich einer von den achten Artikeln, die leider in neuerer Zeit etwas seltener geworden; einer von jenen recht gemeinen, wüthenden, Revolution predigenden, Feuer und Flammen speienden Artikeln, welche das Publikum viel besser über das eigentliche Wesen des Morgenblattes belehren und dabei unterhalten und belustigen, als die saden, nur stellenweise schwach ausbrechenden philosophischen Abhandlungen des Hrn. K. — Dieses Prachtwerk morgenblättischer Schöpfung steht aber nicht da, wohin es gehört, nämlich an der Spitze des Blattes, sondern hinten, unter dem Striche, an der Grenze der obrigkeitlichen Kundmachungen. Außerdem bemerkt Hr. K. in einer Note: er habe sich geweigert, den Artikel, mit dem er nicht einverstanden sei, anzunehmen; nachdem aber der Einsender sich verantwortlich erklärt, habe er den Aufsatz als bezahltes Inserat aufgenommen. — Damit ist die Würde des Hrn. K. vollständig gewahrt, es fehlt nur noch der Name um die Glorie zu vollenden.

Verschiedenes.

— Die kurheffische Ständeversammlung ist aufgelöst worden, nachdem sie die Forterhebung der Steuern bis 30. Juni 1847 bewilligt hatte. Die Verhandlung über die Angelegenheit der Deutschkatholiken stand auf der Tagesordnung, als die Auflösung erfolgte.

— Auf dem mecklenburgischen Landtage in Malchin ist in diesem wie in dem vorigen Jahre die bürgerliche Partei in der Mehrheit.

— Beide Kammern der hannoverschen Stände haben einstimmig beschlossen, der Regierung für ihr kräftiges Auftreten in Betreff der schleswig-holsteinischen Verhältnisse zu danken und sie zu ersuchen, die Rechte Deutschlands auf die deutschen Herzogthümer ferner zu wahren.

— Die braunschweigische Regierung führt bekanntlich den Staatshaushalt ohne Genehmigung des Finanzgesetzes durch die Stände. So weit die einzelnen Budgets bewilligt sind, richtet sie sich nach diesen, und so weit sie nicht angenommen sind, nach den Regierungsvorlagen. Der landständische Ausschuss hat dieses Verfahren für verfassungswidrig erklärt, aber doch beschlossen, von seinem Rechte, in solchem Falle selbst die Stände einzuberufen, keinen Gebrauch zu machen, sondern nochmals bei dem Staatsministerium zu protestiren.

— Die süddeutsche Zeitung streitet in Ermangelung anderer Stoffe, seit einiger Zeit gegen den Protestantismus und bedient sich als auserwählten Rüstzeuges der Augsburger Postzeitung. Sie kehrt dadurch den eigentlichen Zweck ihres Daseins deutlicher heraus. Ihren Grimm gegen das provisorische Gesetz über die Eingehung einer Ehe von Staatswegen wickelt sie in eine Hülle, betitelt: Anweisung den Katholicismus wegzuschaffen, worin es heißt: die Ewache, die das beliebte „seid

umschlungen Millionen,“ das Zueinanderfliegen der Herzen zu Stande bringen wird, das wird das Parte zum Fluß bringen. Die Einführung der Civilehe hat aber noch den besondern Vortheil, daß ein nothwendiger offenkundiger Bruch zwischen den starrsinnigen Geistlichen mit ihrem Bischofe und der nachgiebigeren toleranten Geistlichkeit eher in Aussicht steht. — Man sieht, die Süddeutsche möchte gern witzig sein; aber ihr Gesicht ist gar zu sauer.

— Die hannoversche Regierung hat dem Antrage der Stände entsprochen, eine Abgabe von dem Verbräuche der nothwendigsten Lebensmittel in eine Steuer von dem Einkommen aus Liegenschaften umzuwandeln. Vom 1. Juli 1848 soll in den sogenannten Licenzstädten die Grund- und Häusersteuer an die Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer treten.

— Das österreichische Patent und die Uebereinkunft der drei Schutzmächte Oestreich, Preußen und Rußland über die Wiedervereinigung von Krakau mit Oestreich sind in Krakau bekannt gemacht worden. — Preußen erhält die Herrschaft Hohenplog in östreichisch Schlesien, Rußland ein Stück des galizischen Kreises Tarnopol als Abfindung. Die englischen und französischen Zeitungen aller Farben betrachten diesen Schritt als eine offenbare Verletzung der Wiener Verträge von 1815 gegen Polen, England und Frankreich.

— Der königl. Commissär bei den schleswigischen Ständen hat verlangt, daß die Regierungsvorlagen unbedingt vor den Anträgen einzelner Mitglieder zur Berathung kommen sollten. Diesem Verlangen wurde nicht stattgegeben, weil der Präsident die Tagesordnung zu bestimmen hat; auch würden die Anträge der Mitglieder gar nicht mehr zur Berathung gelangt sein, wenn sie den Regierungsvorlagen nachstehen müßten. Der Commissär hat nun den Ständen eröffnet, daß er Befehl habe, keine auf einen Privat Antrag begründete Petition der Versammlung anzunehmen und an den König einzusenden, wenn bei Behandlung derselben das Vorzugsrecht der Regierungsvorlagen nicht beobachtet worden sei.

— Der Papst hat sämmtlichen Sträflingen, mit Ausnahme der Diebe und Räuber, die Hälfte ihrer Strafszeit erlassen und die lebenslängliche Galeerenstrafe in 20 Jahre umgewandelt.

Frequenz der Gr. Bad. Eisenbahn im October 1846.

Personentaren wurden erhoben von 214,911 Personen	
	109,056 fl. 7 fr.
Untermweg erhobene Fahrtaren	409 " 49 "
Gepäckstaren	7,216 " 5 "
Lagergebühren	83 " 12 "
Equipagentransporttaren	4,663 " 47 "
Viehtransporttaren	1,685 " 15 "
Gütertransporttaren von 229,788 Str. 5 Pfd. an den verschiedenen Stationen von Mannheim bis Freiburg angekommenen und von 229,788 Str. 5 Pfd. eben da selbst abgegangenen Gütern	81,753 " 2 "
Summe der Einnahmen	204,867 fl. 17 fr.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.